



26. Juni 2010

Positionspapier der *FDP.Die Liberalen*

Energieeffizienz, Klimaschutz und Versorgungssicherheit

Technologischer Fortschritt statt Umweltbürokratie

Für den Wohlstand und die Arbeitsplätze von morgen ist die Energiepolitik von heute entscheidend. Energiepolitik ist deshalb ein wichtiger Teil einer Wirtschaftspolitik, die umweltpolitischen Zielen wie dem Klimaschutz verpflichtet ist. Für die *FDP.Die Liberalen* muss die nationale Energiepolitik daher die Gesamtsicht wahren.

In dieser Gesamtsicht wird die Versorgungssicherheit immer wichtiger. Zwar wird es auf absehbare Zeit genügend fossile Brennstoffe geben. Doch zunehmende Unfälle, die immer teurere Gewinnung fossiler Brennstoffe und das Risiko politischer Konflikte in Fördergebieten gefährden die Versorgungssicherheit. Deshalb, und auch aus Umweltgründen, ist eine Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Bren- und Treibstoffen ein zentrales Ziel. Schlüssel zur Erreichung dieses Ziels ist der technologische Fortschritt und seine konsequente Nutzung. Schweizer Stärken wie Innovation und Spitzentechnologie sind dabei zentral. Sie erlauben einerseits den möglichst effizienten Einsatz von Energie und führen andererseits zu immer erschwinglicheren alternativen Methoden der Strom- und Wärmeerzeugung. Energiepolitik ist für die *FDP.Die Liberalen* deshalb immer auch Innovationspolitik.

Elektrischer Strom wird beim Klimaschutz dank Energieeffizienz immer wichtiger: Eine wachsende Bevölkerung, steigende Wohnfläche pro Bewohner und der Ersatz fossiler Energie durch Strom beim Heizen und im Verkehr werden den Stromkonsum weiter ansteigen lassen und zu einer neuen Elektrifizierungswelle führen. Die inländische Produktion wird allerdings mit dem Verbrauch nicht Schritt halten können. Wichtigste Strategie zur Sicherung der Versorgung unseres Landes mit Strom bleibt deshalb ein breiter Mix aus Wasserkraft, Kernkraft und erneuerbarer Energie.

Jetzt ist zu entscheiden, ob Marktwirtschaft und Freiheit der Vorzug vor staatlicher Lenkung gegeben wird. Die „ökologische Modernisierung“ von Wirtschaft und Gesellschaft wird nur dann nachhaltig gelingen, wenn sie sich im Wettbewerb beweist und den marktwirtschaftlichen Regeln und Standards untersteht. Es ist dem Erfolg einer ökologischen Entwicklung abträglich, wenn dieses Innovationsfeld zum Tummelplatz für ständigen politischen Interventionismus wird. Aus diesem Grund lehnt die *FDP.Die Liberalen* Subventionen ab – damit wird das Ziel einer energieeffizienteren und ökologischeren Schweiz nicht erreicht. Gleiches gilt generell für Lenkungsabgaben wie die CO₂-Abgabe, namentlich deren Erhöhung. Der Staat hat sich vielmehr darauf zu beschränken, einfache Regeln und richtige Rahmenbedingungen zu setzen und deren Einhaltung zu überwachen. Das Ziel ist ein schlanker, bürgerfreundlicher Staat. Dazu gehören wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, Energiestandards, steuerliche Anreize und Bürokratieabbau.

Der Bundesrat hat sich für die Vermeidung von Treibhausgasemissionen ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Bis 2020 sollen die Emissionen gegenüber 1990 im In- und Ausland um mindestens 20% gesenkt werden. Dieses Ziel soll im Einklang mit den Zielen der EU und den dafür zur Verfügung stehenden Instrumentarien – z.B. dem Handel mit Emissionszertifikaten – erreicht werden. *FDP.Die Liberalen*

unterstützt die Reduktion um 20% bis 2020. Bis 2040 fordern wir eine Reduktion um 30% im In- und Ausland. Doch statt eines Wildwuchses an Einzelmassnahmen, deren Wirksamkeit unklar ist, schlägt die FDP insbesondere drei konkrete Massnahmen vor, welche unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern, die Versorgungssicherheit garantieren und die Erreichung der Klimaziele ermöglichen werden: Die massive Steigerung der Energieeffizienz vor allem in Altgebäuden bis 2040, 1,4 Mio. Elektro- oder 3-Literfahrzeuge bis 2030 sowie der Abbau der Umweltbürokratie namentlich bei energetischen Sanierungsmassnahmen.

1. Energieeffizienz bei Gebäuden und Mobilität: Die neue Elektrifizierungswelle

1.1 Mehr Effizienz in der Gebäudesanierung

Ziele:

Für die *FDP.Die Liberalen* sind energetische Gebäudesanierungen das wichtigste Mittel zum Klimaschutz: Das ist die Massnahme mit dem grössten Effekt. Die FDP will deshalb das Potential der energetischen Gebäudesanierung voll ausschöpfen. Das kann mit Massnahmen erreicht werden, die unseren Lebensstil nicht negativ beeinflussen, sondern im Gegenteil unseren Komfort erhöhen.

Die grösste Wirkung im Gebäudebereich hat die umfassende Verbesserung von Dämmung und Gebäudetechnik von Wohngebäuden, die vor 1980 errichtet wurden (Altbauten). Mit der Erhöhung der Sanierungsrate bei Altbauten kann der Verbrauch von fossilen Energien drastisch gesenkt werden. Bei Häusern, wo eine energetische Sanierung wirtschaftlich keinen Sinn macht, soll der Rückbau oder Ersatzbau steuerlich und baurechtlich begünstigt werden. Hauseigentümer, welche ihr Gebäude nach Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MukEn) energetisch saniert haben, werden von jeglicher Energie- und CO₂-Abgabe befreit.

Forderungen:

1. Bis 2040 müssen mit Ausnahme geschützter Bauten alle Altbauten der Schweiz auf einen energetischen Minimalstand von weniger als 9l Öläquivalent pro m² und Jahr umgerüstet werden.¹ Geeignete Zwischenziele und Instrumente (z.B. GEAK – Gebäudeenergieausweis der Kantone) sind zu formulieren.
2. Neubauten müssen mittels Techniken wie Wärmedämmung und der konsequenten Nutzung erneuerbarer Energien eine viel höhere Effizienz im Energieverbrauch aufweisen, nämlich weniger als 3l pro m² und Jahr.²
3. Altbauten, deren Sanierung einen unverhältnismässigen Aufwand erfordern, sollen erleichtert abgerissen und durch einen Ersatzbau mit mindestens gleicher Ausnutzung (energetischer Sanierungsbonus) ersetzt werden können.
4. *FDP.Die Liberalen* setzt sich dafür ein, dass 230'000 Elektrowiderstandsheizungen durch Wärmepumpen (fast eine Million) ersetzt werden.
5. Die FDP fordert, dass auf jedem geeigneten Dach thermische Sonnenkollektoren installiert werden.
6. Investitionen in eine Liegenschaft, welche dem Umweltschutz dienen, sollen im Privatvermögen mindestens über fünf Jahre in Abzug gebracht werden können und nicht nur im Jahr, in dem die Investition getätigt wird.

1.2 Mehr Effizienz in der Mobilität

Ziele:

Bis 2030 sind 30% aller Fahrzeuge bis 3,5 Tonnen in der Schweiz zu elektrifizieren oder mit alternativen Antrieben bzw. optimierten Verbrennungsmotoren (3-Liter-Auto) auszustatten. Die Elektrifizierung und Optimierung der Antriebe ist eine wesentliche Massnahme für eine energieeffizientere Mobilität. Damit kann die Abhängigkeit vom Öl reduziert und Emissionen vermindert werden, sofern ausreichend Strom aus nicht fossilen Quellen zur Verfügung steht. Gleichzeitig bleibt die Mobilität langfristig bezahlbar.

¹ Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich, d.h. einen Energieverbrauch von 90 kWh bzw. 9 Liter Öläquivalent pro Quadratmeter Bruttowohnfläche und Jahr.

² Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich, d.h. einen Energieverbrauch von 30 kWh bzw. 3 Liter Öläquivalent pro Quadratmeter Bruttowohnfläche und Jahr.

Zur Erreichung dieses Ziels ist eine gegenüber Technologie offene Politik nötig. Der technologische Fortschritt in der Elektromobilität und andere Optionen wie verbesserte Verbrennungsmotoren oder Flüssiggas, Erdgas und Brennstoffzellen als Antriebsquellen sollen sich gegenseitig antreiben. Gefördert wird dieser Wettbewerb durch den Aufbau einer elektrischen Infrastruktur für Elektroautos wie Batterieauflade-Stationen. Dies soll in Zusammenarbeit mit den Stromversorgern und den umliegenden Staaten erfolgen. Der resultierende Mehrkonsum an Strom erhöht die Bedeutung der Versorgungssicherheit von Strom.

Forderungen:

7. Bis 2030 fahren auf Schweizer Strassen 1,4 Millionen Plug-in Elektrofahrzeuge, die einen Teil oder den gesamten Energiebedarf aus erneuerbaren Energien beziehen, oder Fahrzeuge mit optimierten Verbrennungsmotoren (3-Liter-Auto).
8. Analog zur EU soll eine Regelung der Neuwageneffizienz eingeführt werden, welche im Jahr 2015 einen Zielwert von durchschnittlich 130 g CO₂/km erreicht.
9. Das Angebot öffentlicher Verkehrsmittel ist auszubauen und attraktiver zu gestalten, z.B. durch schnellere Verbindungen zwischen den grossen Agglomerationen der Schweiz.
10. Die FDP fordert vom Bundesrat, die Evaluation von technischer Machbarkeit und Investitionssumme des Projekts „Hochgeschwindigkeit Schweiz“. Dabei ist der modale Transport (Park and Ride) zu fördern.
11. Die Grundlagenforschung im Bereich Mobilität ist zu verstärken.

2. Klimapolitik: Emissionen von fossilen Brenn- und Treibstoffen verringern

Ziele:

Ziel der *FDP.Die Liberalen* ist die Reduktion der CO₂-Emissionen um 20% bis 2020 und um 30% im In- und Ausland bis 2040. Zusätzlich will die FDP bis 2040 den Anteil fossiler Energieträger am Energieendverbrauch von heute 68% auf unter 50% reduzieren.

Diese Ziele werden durch einen effizienteren Energieeinsatz im Gebäudebereich und bei der Mobilität erreicht. Der Fokus auf Massnahmen bei Gebäuden und der Mobilität ist notwendig. Heute ist die Klimapolitik durch eine Vielzahl von Einzelzielen und einen Wildwuchs unterschiedlichster Instrumente geprägt. Die inländischen Massnahmen werden durch die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls ergänzt. Die unterschiedlichen nationalen und internationalen Klimaschutzinstrumente (CO₂-Abgabe, Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe, CO₂-Emissionshandel, Förderung erneuerbarer Energien, Kyoto-Instrumente etc.) sind in der Ziel-Mittel-Beziehung schlecht abgestimmt. Ob einzelne Massnahmen ihre Ziele erreichen, bleibt unklar. Einen wirksamen Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten freiwillige Massnahmen (Klimarappen), die dem liberalen Credo der Eigenverantwortung entsprechen.

Forderungen:

12. Bis 2020 sind die CO₂-Emissionen im In- und Ausland im Rahmen des geltenden CO₂-Gesetzes um 20% zu reduzieren.
13. Bis 2040 sind die CO₂-Emissionen im In- und Ausland um 30% zu reduzieren.
14. *FDP.Die Liberalen* lehnt mehr Subventionen und höhere Lenkungsabgaben ab, da damit das Ziel einer energieeffizienteren und ökologischeren Schweiz nicht erreicht wird.
15. Verstärkte Forschung im Bereich der innovativen Umwelttechnologien.

3. Weniger Umweltbürokratie

Ziele:

FDP.Die Liberalen fordert mehr Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien dank weniger Bürokratie. Oft werden energetische Sanierungsmassnahmen bei Altbauten durch komplizierte Baugesetze, eine umständliche und teure Bewilligungspraxis, Denkmalschutz und Raumplanungsvorschriften be- oder gar verhindert. Bürokratische Hemmnisse im Bereich der Gebäudesanierung müssen abgebaut, Behördenstruktur und Planungsverfahren gestrafft werden.

Zum bürokratischen Wildwuchs führt auch die Vielzahl von Subventionen, Lenkungssteuern sowie Ge- und Verboten, mit denen der Staat den Bürger zu einem klimabewussten Verhalten führen will. Solche Massnahmen erhöhen aber den Kontrollaufwand durch Behörden, deren Kosten auf Private und Unternehmen überwälzt werden. Subventionen und Abgaben haben generell keine nachhaltige Wirkung. Abgaben und Gebühren auf Energieträgern sollen deshalb nicht weiter erhöht und keine neuen Abgaben eingeführt werden. Kritik gilt auch den Subventionen: Die Praxis zeigt, dass viele Subventionen reine Mitnahmeeffekte auslösen, Investitionen also auch ohne Subventionen getätigt worden wären. Weiter können Fördergelder wegen mangelnder Projekte nicht sinnvoll abgerufen werden oder es scheitern schliesslich viele Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien und der Gebäudesanierung an der Baugesetzgebung und der Raumplanung.

Forderungen:

16. Durch kantonale Volksinitiativen sind die bürokratischen Hürden bei energetischen Gebäudesanierungen abzubauen.
17. Die kantonalen Förderprogramme zur energetischen Gebäudesanierung müssen einfacher zu überblicken sein.
18. Die Bedingungen für den Erhalt von kantonalen Zuschüssen müssen transparenter und einfacher zu handhaben sein.

4. Versorgungssicherheit mit Energie

Die FDP will den Anteil des Verbrauchs an Strom aus der einheimischen, CO₂-armen Stromproduktion erhöhen. Der Bau von Gaskraftwerken zur Stromerzeugung entspricht dieser Anforderung nicht. Die sichere und zuverlässige Versorgung mit preisgünstiger Energie durch gut ausgebaute Netze ist ein enormer Standortvorteil für hier produzierende Unternehmen und ein Beitrag an die Lebensqualität der Bevölkerung. Diesen Vorteil gilt es zu bewahren und zu verstärken. Deshalb lehnt die FDP zusätzliche Gebühren und Abgaben auf Energie, insbesondere eine Erhöhung der CO₂-Abgabe, ab. Die FDP setzt sich für eine Versorgungssicherheit ein, die dank Wettbewerb bezahlbare Preise garantiert und die Risiken vermindert, die aus einem hohen Energieimportanteil entstehen können.

Forderungen:

19. Die einheimische Stromproduktion durch Wasserkraft ist mit Speicher- und Pumpspeicherkraftwerken auszubauen.
20. Die wegfallenden Stromimporte wegen des Auslaufens der langfristigen Lieferverträge mit Frankreich sind zu kompensieren und der absehbare Wegfall der ältesten Schweizer Kernkraftwerke ist durch Ersatzkernkraftwerke zu ersetzen.
21. Das Potential der Wärme-Kraft-Kopplungstechnologie ist voll auszuschöpfen.
22. Mit der Einführung intelligenter Energienetze ist die Stromherstellung-, -verteilung und -nutzung zu optimieren. Dies ist insbesondere für die Elektromobilität interessant.
23. Das bestehende Instrument zur Förderung erneuerbarer Energien, die KEV, ist mangels Effizienz neu als Börse zu konzipieren. Jene Projekte sollen unterstützt werden, deren Kosten-Nutzen Verhältnis in einem Bieterverfahren gewonnen haben.
24. Die Verfahren für den Ausbau und die Erneuerung der Übertragungsnetze (Transport in und durch die Schweiz sowie Verteilung vor Ort) sind zu beschleunigen und die Integration in den europäischen Strommarkt ist anzustreben.
25. Die bestehenden Informationsverpflichtungen, die Energielieferanten gegenüber ihren Privatkunden haben, müssen angewendet werden, damit die Konsumenten frei wählen können und die Eigenverantwortung gestärkt wird.